



Neu-köllnisch

Linkes Informations- und Diskussionsblatt

Evrim Baba: Weg mit der Chipkarte!

PDS-Senatorin Knake-Werner leitet humane Flüchtlingspolitik ein



Evrim Baba ist seit 1999 mit kurzer Unterbrechung Mitglied des Abgeordnetenhauses Berlin. Sie ist die frauenpolitische Sprecherin der Fraktion und Mitglied des Fraktionsvorstandes.

Mitte der neunziger Jahre wurde, unter der Großen Koalition, das Chipkartensystem in Berlin eingeführt. Damit erhielten Asylbewerber für ihren Einkauf eine Geldkarte, statt Bargeld. Mit dieser Chipkarte konnten die Flüchtlinge nur in einigen wenigen Geschäften einkaufen. Darunter kein einziger Niedrigpreisladen. Die Geschäfte sind meist nicht zu Fuß erreichbar, so dass die Asylbewerber aus ihrer gekürzten Sozialhilfe erhebliche Fahrkosten zum Einkaufen zahlen müssen.

Menschen, die sich wegen politischer Verfolgung, Folter, Terror, Hunger und Krieg in den Herkunftsländern auf die Flucht begeben haben, wurden durch das Chipkartensystem und Wohnen in Massenunterkünften jahrelang in Berlin diskriminiert.

Obwohl die Sozialverwaltung für diese Entscheidung nicht zu begeistern war, hat die Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner (PDS) das unwürdige Chipkartensystem für Asylsuchende außer Kraft gesetzt. Der Chipkartenvertrag wurde am 10. Februar gekündigt. Ab Juni 2003 erhalten nun alle Asylbewerber die Ihnen zustehenden Leistungen in Form von Bargeld.

Ob es in Berlin flächendeckend gelingt statt der diskriminierende Gewährung von Sachleistungen, zu Barleistungen überzugehen, hängt nun vom politischen Willen der einzelnen Bezirke ab. Hier handhaben es die Bezirke bisher unterschiedlich, teils Bargeld, teils Chipkarten oder auch Gutscheine, wie in Neukölln auszugeben. Die Neuköllner PDS-Fraktion wird die nötigen Schritte zur Änderung des bisherigen Verfahrens einleiten.

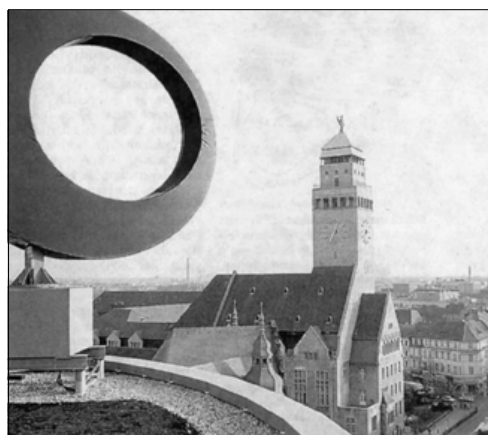
Es ist auch beschlossen, dass Asylbewerber künftig nach Möglichkeiten in Wohnungen statt in Gemeinschaftsunterkünften leben. Damit endet für die Betroffenen ein Zustand sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung.

Neukölln bleibt Schlusslicht bei Arbeitsplätzen

Zur wirtschaftlichen Entwicklung im Bezirk

Neukölln ist vom Wirtschaftsprofil her ein vielseitiger Bezirk. Auch bezüglich Neuansiedlungen. Hier wird der Wandel von Großproduktion zu Elektronik- und Biotronik-Herstellern und -Anwendern sichtbar. Für nachhaltiges Wirtschaften werden Altstoffe einer neuen Verwendung zugeführt, bis hin zur Produktion von Solartechnik. Erstaunlich viele Betriebe stellen Nahrungs- und Genussmittel her. Chemiefirmen verarbeiten Öle, Farben, Papier, Eis, Gas, Glas und auch Medikamente. Natürlich gibt es auch weiterhin Eisen- und Holzverarbeitung. Wo Platz ist, haben Speditionsfirmen ihre Stützpunkte. Um alle herum sind kleinere Werkstätten und Büros, welche die weniger rentablen Klein- und Zulieferarbeiten erledigen, beziehungsweise die immer komplizierteren Automaten warten und reparieren, reinigen und bewachen. Wir haben in Neukölln Häfen und Wasserwege, Industriebahn-Anschlüsse, den BVG-Busbahnhof, eine U-Bahn-Werkstatt, Hoch- und Straßenbaufirmen sowie Medien- und Zeitungsbetriebe.

Trotzdem bietet Neukölln zu wenig Arbeits-



Blick vom Dach des „Forums Neukölln“ auf Rathaus und Mietshäuser. Hier lebt die Hälfte der Einwohner Neuköllns.

Foto: Berliner Zeitung

plätze im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung.

Das Einkommen für 158.000 Privathaushalte der Neuköllner Familien wird mit durchschnittlich 1.300 Euro pro Monat angegeben (ca. 25 % bis 500 Euro, 20 % bis 1.250 Euro, 29 % bis 2.000 Euro, 26 % mehr). Wenn man davon die Ausgaben für Wohnen und Kommunikation abzieht, bleibt nur noch ein kleiner Teil für Lebensmittel und den persönlichen Bedarf übrig, der in Neukölln ausgegeben werden könnte. Unsere Einzelhändler können ein Lied davon singen. Einige Ursachen sind:

• die Schließung bzw. Abwanderung großer Konzerne, wie Alcatel, Kaiser-Kabel und Eternit, um nur die letzten zu nennen

• viele kleine Betriebe gaben auf, bzw. verringern ihre Arbeitsplätze

• eine große Zahl von Menschen ohne Beruf, bzw.

gültiger Papiere dafür

• eine erschreckend wachsende Zahl junger Menschen, die überhaupt keine Chance zum Eintritt in das Berufsleben haben

Fortsetzung auf Seite 2 ▶

Gesamtübersicht (ab Sept. 2000 etwa gleichbleibend)	Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe (im Sept. 2000 insgesamt 11.430)	
306.000 Einwohner	152 Betriebe (1-49 Koll.)	1.950 Arbeitsplätze
160.000 Kinder, Rentner, Studenten, Schüler, Hausleute, oder nicht zivile Erwerbspersonen	40 Betriebe (50-199 Koll.)	4.074 Arbeitsplätze
146.000 zivile Erwerbspersonen	8 Betriebe (200-499 Koll.)	2.158 Arbeitsplätze
davon: 12.000 selbständig bzw. mithelfend	3 Betriebe (500-999 Koll.)	
135.000 abhängige zivile Erwerbspersonen	und	
davon: 34.000 z.Z. erwerbslos (bzw. 3.960 in „Maßnahmen“)	1 Betrieb (über 1.000 Koll.)	3.248 Arbeitsplätze
	Im öffentlichen Dienst, bei privaten Dienstleistern, im Baugewerbe, Gesundheitswesen und Kultur sowie in anderen Bezirken sind die Restlichen beschäftigt.	

Keine Sonne in Sicht?

Die Grippewelle in Deutschland machte sich auch in der BVV bemerkbar. Die Reihen waren etwas gelichtet. Der Bürgermeister weilte im Urlaub, wurde aber von der stellvertretenden Bürgermeisterin Stefanie Vogelsang gebührend vertreten. Drei große Diskussionen bewegten diesmal die Verordneten.

Gewalt an Neuköllner Schulen (CDU, FDP)

Zu diesem Thema lagen zwei Große Anfragen und ein Antrag vor. Anlass für die Anfragen waren überdimensionierte Fotoberichte der „BZ“ und der „Bild-Zeitung“, die Schüler und Lehrer Neuköllns mit Waffen und Messern zeigte. Der Recherche des Bezirksamtes nach, handelte es sich bei diesen Fotos um gestellte und absichtlich inszenierte Motive. Schriftliche Erklärungen der Betroffenen lagen vor.

Die Statistik der Polizei gibt eine Steigerung von Vorfällen in und um Schulen nicht her. Das Thema ist dem Bezirksamt nicht neu. Es laufen in den Schulen und Jugendeinrichtungen seit langem Gewaltpräventivprogramme. Eine Überreaktion, wie sie von der CDU und FDP kam, ist aber nicht nachvollziehbar, sind doch die Sensations-Haschereien dieser Zeitungen allgemein bekannt.

Es wurde beschlossen, auf dem begonnenen Weg weiter zu gehen und die Präventivmaßnahmen auch auf andere Bereiche, wie Kitas und Sportvereine auszudehnen und, was am Wichtigsten war, im Haushalt 2004/2005 den Einsatz von Streetworkern weiterhin zu gewährleisten bzw. gegebenenfalls aufzustocken.

Ende der Wohnungsbauförderung (PDS)

Im Laufe von 15 Jahren sind in Neukölln 3.408 Wohnungen betroffen. Die Information dieser Mieter wird derzeit ausschließlich von der Investitionsbank (IBB) und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung wahrgenommen. Auch werden Mieterberatungen eingerichtet. Für viele dieser Menschen ändert

sich erstmal nichts. Die Differenz bis zur Kostenmiete erhalten die Mieter für die Dauer von fünf Jahren von der IBB. Daneben werden bedarfsweise Umzugshilfen angeboten werden.

Damit es auch im Bezirksamt Ansprechpartner gibt, wurde der Antrag zur Erarbeitung eines Konzeptes, in den Ausschuss für Grundsicherung und Wohnen überwiesen, obwohl der Stadtrat Michael Büge die Notwendigkeit nicht ein-

sah. Wir meinten aber, dass gerade in besonderen Fällen, wie z.B. bei behinderten Menschen eine Hilfestellung auch vom Bezirksamt gewährleistet sein muss.

Sozialamt (PDS)

Das Sozialamt stand wieder mal Feuer der Kritik. Die Zählgemeinschaft hatte ein Gutachten zur Organisation des Sozialamtes gefordert. Dieses wird

derzeit von einer unabhängigen Unternehmensberatung erarbeitet. Wir waren aber trotzdem der Meinung, dass man nun nicht die Hände in den Schoß legen kann und warten auf die Dinge, die da kommen. In der Erstantragsstelle des Sozialamtes müssen die Bürger schon bis zu zwei Stunden vor Öffnung da sein, weil sie sonst keine Warte-nummern mehr erhalten. Dieser Umstand ist dem Stadtrat Michael Büge hinreichend bekannt, aber er hat keine Leute und umorganisieren geht nicht. Er würde ja dann der Unternehmensberatung ins Handwerk pfeuschen, die doch gerade die Organisation prüfen und da kann man nicht dauernd alles verändern. Einsicht zeigte er nicht.

Eva-Marie Schoenthal (SPD), Vorsitzende des Sozialausschusses, wird die Probleme mit dem Sozialamt auf der nächsten Sitzung auf die Tagesordnung nehmen, damit gemeinsam beraten werden kann, wie in dieser Sache weiter vorgegangen werden kann.

Sylvia Stelz, Fraktionsvorsitzende



Anträge – Was wurde daraus?

Die Fortschreibung des Frauenförderplanes (Vorlage BzBm) wurde zur Kenntnis genommen.

Britzer Hufeisensiedlung (SPD) soll in die Weltkulturerbeliste der UNESCO aufgenommen werden.

Der Antrag zur Auflösung der Bezirke und Schaffung einer Einheitsgemeinde Berlin (FDP) wurde abgelehnt.

Beschlossen wurde der Antrag Absolutes Halteverbot in der Karl-Marx-Straße (SPD) zwischen Anzengruben- und Erkstraße.

Einstimmig wurde beschlossen, dass sich das BA mit Nachdruck für die genehmigte Errichtung der Lichtsignalanlage (SPD, Grüne) in der Neuköllner Straße einsetzt.

Ausschussüberweisungen: Haupt- und Sozialausschuss:

- ▶ Prüfdienst stärken – Gerechtigkeit herstellen (CDU, Änderung SPD)
- ▶ Gutachten Sozialamt, Berücksichtigung neuer Gesetze aus dem Hartz-Konzept (SPD)

Verkehr- und Tiefbau:

- ▶ Neugestaltung Marktplatz Britz-Süd (SPD)
- ▶ Nachfahrverbot für LKW in der Waßmannsdorfer Chaussee (Grüne)
- ▶ Ruhender Verkehr in der Innstraße (PDS)

Grundsicherung und Wohnen:

- ▶ Konzept zur Beendigung der Wohnungsbauförderung (PDS)

Neukölln Schlusslicht bei Arbeitsplätzen

Fortsetzung von Seite 1

Wie können wir zu einer nachhaltigeren Entwicklung kommen?

Regionale Zusammenarbeit, Materialbörse, Ausbildungsverbund wären einige Möglichkeiten. Die durch die laufende Rationalisierung seit der letzten Arbeitszeitverkürzung eingesparte menschliche Arbeit müsste allen Arbeitnehmern durch Umverteilung zu gute kommen.

Die gesamte Lebensqualität könnte nachhaltig steigen, weil die Menschen gesünder leben, mehr Zeit für ihre Familien, Sport und Bildung haben, sowie mehr Raum für freiwillige Gemeinschaftsaufgaben nach Lust und Neigung gewinnen. Zu allem dem trägt die Hartzreform in keinsten Weise bei. Entscheidend ist, dass nicht eine Weltordnung maßgebend sein kann, wo allein die militärische Stärke zählt.

Georg Weise

Vor der BVV am 2. April findet wieder eine

Bürgerfragestunde

statt. Fragen sind schriftlich bis 28. März im BVV-Büro abzugeben.

Das ist erstmal die letzte Bürgerfragestunde. Danach wird der Ältestenrat Resümee ziehen, ob sich diese Art der Bürgerbeteiligung bewährt hat.

Also bitte recht zahlreiche Fragen abgeben!

PDS setzt Nöte des Einzelhandels auf die Tagesordnung

Aus dem Wirtschaftsausschuss

Lang, lang ist es her, dass die Karl-Marx-Straße die drittgrößte Einkaufsstraße im Westen Berlins war. Hier waren viele Fachgeschäfte etabliert, und es machte Spaß, durch die Straße zu bummeln.

Wer heute mit wachen Augen durch die Hauptstraße unseres Bezirkes geht wird feststellen, dass von der früher so gepriesenen Einkaufskultur nur noch wenig übrig geblieben ist. Das bedeutet, dass mit der Geschäftsaufgabe vieler alteingesessener Fachgeschäfte wie etwa »Koffer Panneck« oder »Leder Fuchs« und vieler anderer, auch eine beträchtliche Menge an Existenzen zerstört, sowie Arbeits- und Ausbildungsplätze vernichtet wurden.

Um diesen Prozess zu untersuchen und – wo möglich – auch aufzuhalten, hat die PDS im Wirtschaftsausschuss beantragt, die Situation des Neuköllner Einzelhandels zu einem wichtigen Thema zu machen.

Eine erste Anhörung mit Einzelhändlern in Nord-Neukölln fand bereits statt. Dabei wurden einige grundsätzliche Feststellungen getroffen, die kennzeichnend für die Misere sind:

- die steigende Zahl der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger und der damit einhergehende Kaufkraftverlust
- die mangelnde Zusammenarbeit und Kooperation der Geschäfte und dabei besonders die unzureichende Zusammenarbeit mit ausländischen Geschäftsinhabern



Wenig ist geblieben von der Einkaufskultur in der Karl-Marx-Straße, die früher eine der größten Kaufmeilen Westberlins war.

Foto: Archiv

- fehlende finanzielle Mittel für gemeinsame Marketingstrategien

Eingedenk dieser und anderer Tatsachen hat die PDS-Neukölln eine Arbeitsgruppe gegründet. Sie soll in Zusammenarbeit mit den

Einzelhandelsvertretern auf der Grundlage realer Analysen Vorschläge erarbeiten. Damit wollen wir einen Beitrag leisten, die schwierige Situation zu bessern oder sie zumindest nicht noch schlimmer werden zu lassen.

Übrigens, wer Interesse hat, dabei mit zu arbeiten, ist uns herzlich willkommen. Das nächste Treffen findet am 7. März um 14 Uhr in der Geschäftsstelle am Richardplatz 16 statt.

Heinz Schugowski

Stellv. Vorsitzender der PDS Neukölln

Das Wort »Umverteilung« bleibt auf der Tagesordnung

Die viel versprochene soziale Gerechtigkeit steht in den Sternen. Statt dessen sind neue Hiobsbotschaften zu vernehmen. Den christlich Sozialen passt die eingeschlagene Richtung nicht. Minister Norbert Blüm (CDU) brummt uns 30 Prozent Selbstbeteiligung beim Zahnarzt auf. Jetzt, so will es die CDU, sollen wir voll zur Kasse gebeten werden.

Eine Halbierung des Sterbegeldes, wie es im Regierungslager angedacht ist, reicht den Herren nicht. Sie wollen die volle Streichung des 1.000 €-Betrages der Krankenkassen. Die Pflegeversicherung soll weitestgehend auf die Familien abgewälzt werden.

Das alles geschieht mit dem Vorwand, wir müssen bei den Lohnkosten sparen, die Aufwendungen dürfen die 40-Prozent-Abgabengrenze nicht überschreiten.

Zugleich wird das Klagegeld über den bedrohten Mittelstand, der für die Wirtschaft lebenserhaltend ist, erhoben. Ausgerechnet die Konzernlobby fühlt sich für die kleinen Leute, die wahrscheinlich sehen müssen, dass sie über die Runden kommen, besorgt. Von diesen Herrschaften sind keine alternativer Erkenntnisse zu erwarten.

Ein Blick in die Geschäftsberichte der Konzerne weist aus, wo das Geld zu entnehmen ist.

Neben den Abschreibungen erfolgen Gewinnausschüttungen, Rücklagen, Rückstellungen, Pensionsrückstellungen, Werbekostenabrechnungen, Schuldenabgeltung bei Steuern über mehrere Jahre, Abschreibungen für Firmen Auf- und Verkäufe. Hinzu kommen Subventionen für Forschung und Entwicklung, Förderprogramme zum Teil mit EU-Mitteln.

Es erfolgt keine Rückzahlung der Subventionsmittel der Betriebe bei Abwanderung in Billiglohnländer.

Hier muss die viel gepriesene Steuerstrukturreform ansetzen und für eine Umverteilung von Oben nach Unten einsetzen. Eine Aufgabe, die sich die Politiker annehmen sollten, damit soziale Gerechtigkeit keine leere Worthülse mehr bleibt.

Werner Gutsche

Arbeitslosigkeit in Neukölln

Im Januar ist die Arbeitslosigkeit in Neukölln im Vergleich zum Vormonat angestiegen. Insgesamt waren **33.932 Neuköllner beschäftigungslos**. Gegenüber dem Dezember entspricht das einer Zunahme um 2.479 oder 7,9 Prozent; im Vorjahresvergleich hat sich die Arbeitslosigkeit um 1.276 oder 3,9 Prozent erhöht.

Die **Arbeitslosenquote** auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen beläuft sich somit auf 23,3 Prozent und die der abhängig Beschäftigten auf **25,2 Prozent**. Die Arbeitslosigkeit nahm sowohl bei Männern als auch bei Frauen zu. Es waren am Ende des Monats 20.740 Männer und 13.192 Frauen ohne Beschäftigung.

29,1 Prozent der Arbeitslosen sind nicht-deutscher Herkunft, 3,6 Prozent sind schwerbehindert, 11,6 Prozent sind jünger als 25 Jahre und 11.735, also jeder Dritte, sind länger als ein Jahr arbeitslos. Die Statistik ist nüchtern und auch erschrecken, aber was steckt für jeden einzelnen dahinter?

Die Stammtisch-Parolen treffen auf die Wenigsten zu. Es macht sich Existenzunsicherheit, mangelndes Selbstwertge-

fühl und Hoffnungslosigkeit breit. Viele fühlen sich ausgegrenzt. Die Job-Points können den Bedarf an Arbeitsplätzen, der vorhanden ist in keinster Weise decken. Es fehlt an Ausbildungsplätzen und damit jegliche Zukunftschancen für viele Jugendliche. Das Hartz-Konzept kann auch nicht greifen, da es hier ausschließlich um Vermittlung und nicht um die Schaffung von Arbeitsplätzen geht.

Es müssen völlig neue Wege auf dem Arbeitsmarkt beschritten werden. Statt Arbeitslosigkeit zu bezahlen, sollte gemeinnützige und gesellschaftlich notwendige Arbeit bezahlt werden. Gerade im nicht Gewinn bringenden Bereich, wie unter anderem der Altenpflege oder auch im gesamten Umwelt- und Dienstleistungssektor, existiert Bedarf, der nicht nur mit befristeten ABM-Projekten zu realisieren ist.

Man sollte den Menschen dauerhafte und sinnvolle sowie auch nützliche Arbeit geben, statt sie ins Abseits zu stellen, und sich dann auch noch der Missstände wegen ereifern.

Gerd Schulz

8. März - Frauentag

Wir sind die größere Hälfte!

Hallo Ihr 156.672 Frauen und Mädchen in Neukölln! (Wir sind die größere Hälfte!) Ihr Jüngeren und Älteren seid eingeladen zur 2. Langen Nacht der Frauen am 8. März 2003. Auf sieben Rundtouren könnt Ihr erkunden, was in Berlin durch und für Frauen geleistet wird. Stationen in Neukölln sind „Rad und Tat“ in der Schillerpromenade, das Frauenwirtschaftszentrum im Kindl-Boulevard und die Olga Benario Galerie in der Richardstraße. Gesamtprogramme liegen an allen öffentlichen Stellen aus.

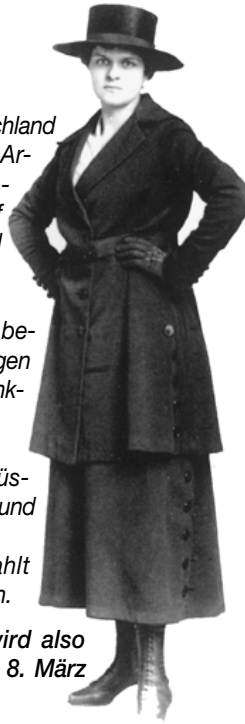
Nach dem Feiertag hat uns der Alltag wieder; ackern am Fließband, am Computer, hinter dem Ladentisch.

13.192 von uns suchen Arbeit. Nach Hartz werden finanzielle und soziale Standards abgebaut, wenn wir es nicht abwehren. Den Ledigen etwa wird zugemu-

tet in ganz Deutschland freiwillig einen Arbeitsplatz anzunehmen, oder auf Arbeitslosengeld zu verzichten.

Alleinerziehende sind besonders betroffen, wenn wegen der Alt- und Bankschulden Berlins, Schulbücher bezahlt werden müssen, Vermögens- und Erbschaftsteuer aber nicht gezahlt werden brauchen.

Frauenpower wird also auch nach dem 8. März gebraucht!



Veranstaltungen in Neukölln

BBV-Saal im Rathaus Neukölln

21. März: Podiumsdiskussion „Krieg – damals, heute, morgen?“

Dorfschule Rudow

9. 3. 2003, 16 Uhr

Überraschungsfilm für Kinder

22. 3. 2003, 20 Uhr

Liebe und ähnliche Missverhältnisse – Liederabend

4. 4. 2003, 20 Uhr

Claudy Blue Sky, Country und Folkmusik

Gemeinschaftshaus Gropiusstadt

8. 3. 2003, 20 Uhr

irische Folkmusik

22. 3. 2003, 16 Uhr

Festival der Zigeunermusik

29. 3. 2003, 20 Uhr

„40 Jahre Yeah Yeah Yeah“

Musik für Beatles-Fans

Werkstatt der Kulturen

27. 3. 2003, 19 Uhr

Einladung zur Galavorstellung der Zarenschule des russischen Balletts

IMPRESSUM

„Neu-köllnisch“ erscheint monatlich.

Herausgeber: PDS Neukölln,

Geschäftsstelle Richardplatz 16, 12055 Berlin, Tel./Fax: 613 59 19

Auflage dieser Ausgabe: 1.500

V.i.S.d.P.: Dr. Sylvia Stelz

Redaktionsschluss: 27. 2. 2003

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen!

Termine der PDS Neukölln

Bezirksvorstand

7. 3., 28. 3. und 4. 4. 2003

16 Uhr Geschäftsstelle

Mitgliederversammlung

28. 3. 2003, 18 Uhr Geschäftsstelle

Thema: Vorstandswahl

Fraktionssitzung

24. 3. 2003, 18 Uhr Rathaus Neukölln,

Zim. 307

Bürgerfragestunde

2. 4. 2003, 17 Uhr Rathaus, BVV-Saal

BBV

2. 4. 2003, 17.45 Uhr, Rathaus BVV-Saal

PDS-Fraktion Treptow-Köpenick

Öffentliche Fraktionssitzung

Thema: Weiterbau der BAB 100 bis Frankfurter Allee

10. 3. 2003, 19 Uhr Rathaus Treptow, Neue Krugallee 4, BVV-Saal

Programm-Entwürfe sind in der Geschäftsstelle erhältlich. Terminliste der Diskussionsveranstaltungen wird noch bekannt gegeben.

Jugendstraße im Reuterkiez

Eine Projektgruppe von »Fusion« arbeitet daran, die Rütlistraße zu einer Jugendstraße umzugestalten. In einem Planungsworkshop haben die Jugendlichen dieses Kiezes ihre Vorstellungen aufgezeichnet und dann in einem Modell nachgebaut.

Am 19. Februar waren nun alle Jugendlichen, Anwohner, Politiker und Interessierte in den Jugendclub „Manege“ eingeladen, um sich zu informieren, diskutieren oder auch nur einfach zu schauen, was dort passieren soll. Es ist der Plan zu einem bundesweit einmaligen Projekt, das von der Idee, Planung, Ausführung und Nutzung in der Hand von jungen Leuten liegt.

Alle interessierten Kinder und Jugendliche sollen in dieses Projekt einbezogen werden. So wurden die unterschiedlichsten Aktivitäten angedacht, die die verschiedenen Stationen des jugendlichen Lebens wie Kita, Schule, Freizeit, Ausbildung und Arbeit mit einander verbinden und kooperieren lassen. Auf dem Modell ist ein kleiner Park und ein Teich erkennbar. An den Eingängen zum Areal wird man durch Torbögen schreiten, die durch ihre phantasievolle Gestaltung den Besucher neugierig machen soll. Von der ehemaligen Tristess wird nach Baubeginn nichts mehr zu sehen sein. Aber es wird nicht nur ein Phantasialand sein. Auch die Ansiedlung von Ausbildungsträger im angrenzenden Gewerbegebiet bis hin zur Möglichkeit der praktischen Arbeit wurde alles durchdacht und konzipiert.

Die anwesenden Bürger waren erstaunt über soviel Einsatz, Elan und auch Ideen der jungen Leute. Im Anschluss gründeten sie ein „Bürgerforum“, welches den Jugendlichen mit Rat und Tat zur Seite stehen und auch aktiv unterstützen will.

Auch das Bezirksamt sieht die Entwicklung in der Rütlistraße mit Zuversicht, war und ist dieser Kiez noch immer ein Problembereich. Im Frühjahr werden die ersten Umbauarbeiten beginnen.

K. Meier

Geburtstage

Wir gratulieren recht herzlich zum Geburtstag:

Michael Anker
Georg Weise



KLAUSUR-TAGUNG

Neu-köllnisch



Mit Tom Strohschneider und Christoph Nitz,
Redakteure der Tageszeitung „Neues Deutschland“

15. März

2003,

10 Uhr

in der PDS-
Geschäftsstelle
Richardplatz 16
12055 Berlin